



Die Schweiz braucht schnell bessere und sicherere Banken

Referat von Corrado Pardini, Nationalrat BE

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Schweiz hat bessere und sicherere Banken verdient. Heute legen wir eine grundlegende Reform des Finanzplatzes vor. Dass wir die Form einer Volksinitiative wählen, haben sich die Banken selbst zuzuschreiben. Wir sind mit unserer Geduld am Ende.

Als der Staat vor fünf Jahren die UBS vor dem Bankrott bewahren musste, haben wir dem nur widerwillig zugestimmt, weil wir dazu erpresst wurden. Das Schweizer Universalbankensystem erlaubt die Koppelung von Geschäftsbanken und Investmentbanken. So konnten zwei dominante und globalisierte Bankgiganten entstehen, die Too-Big-To-Fail sind: Sie zwingen den Staat dazu, ihre Existenz mit Steuergeldern und anderen Hilfen abzusichern. Das hat, zusammen mit der Deregulierung der Finanzmärkte, zu hochriskanten und perversen Geschäftspraktiken geführt. Der damalige Chef der Nationalbank sagte: «Die Kugel pfiiff uns sehr nahe am Kopf vorbei.»

Im Oktober 2008 hat man uns den Umbau des Finanzplatzes versprochen. Doch seither hören wir die Kugel immer wieder pfeifen. Der Staat und die SNB mussten mehrmals rettend eingreifen. Ganze Kohorten von Fachleuten, Beamten, Kommissionen kümmern sich um den Finanzplatz. Es gab eine Teilrevision des Bankengesetzes. Ich habe, da drüben im Bundeshaus, längst den Eindruck, die Politik drehe sich vor allem um die Banken. Der Bundesrat macht keine Industrie- und keine Wirtschaftspolitik, er macht Bankenpolitik. Dabei sind die Banken eine stark überschätzte Branche, die nicht einmal halb so viel zum BIP beiträgt wie die produzierende Industrie. Das Problem ist nur: Das Risiko, das von den Banken für die ganze Schweizer Volkswirtschaft ausgeht, ist längst unerträglich hoch. Adrian Blundell-Wignall, der OECD-Direktor, der für die Finanzmärkte zuständig ist, sagte mir vor ein paar Wochen: «Sollte eines dieser Finanzinstitute scheitern, wäre es nicht möglich, es mit den Ressourcen der Steuerzahler zu retten.» Mit anderen Worten: Der Bankrott von UBS oder CS wäre der Bankrott der Schweiz.

Und Blundell-Wignall wunderte sich darüber, dass wir, sechs Jahre nach Beginn der Finanzkrise, Banken wie die UBS und die CS überhaupt noch zulassen.

Die Wahrheit ist: Das Bankenproblem ist akuter denn je. Nichts ist gelöst. Die Banken haben jede griffige Reform des Bankwesens erfolgreich hintertrieben. Noch immer beträgt die Bilanzsumme von UBS und CS 5x das BIP der Schweiz. Die Banker spekulieren weiter mit Eigenhandel, Derivatehandel, Wetten mit strukturierten Produkten – und dies alles unter Schutz und Garantie des Staates. Ihre Eigenmittel, die das hochriskante Geschäft abdecken müssten, sind immer noch viel zu gering. Trotz des ganzen Geredes von Swiss Finish, Basel III, Cocos etc.

Höchste Zeit, dass wir dieses Problem klar benennen. Die grossen Banken sind eine schwere Hypothek für die Schweiz. Von ihnen geht eine immense Gefahr für die Volkswirtschaft aus. Ihr Geschäftsmodell hemmt und schädigt die Wirtschaft.

Darum brauchen wir heute eine Bankreform. Sie soll die Banken wieder zu dem machen, was sie sein müssten. Dienstleister für die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger.

Die Banker haben es unterlassen, selbst für ein sicheres Bankensystem zu sorgen.

Unsere Volksinitiative wird jetzt dafür sorgen. Wir wollen uns aus der Geiselhaftung eines extrem konzentrierten, staatlich subventionierten und spekulierenden Bankensektors befreien. Vor allem aber wollen wir Impulse für ein modernes Bankensystem setzen.

Mit welchen Mitteln man ein Bankensystem zähmen und wirtschaftlich wieder nützlich machen kann, wird seit Jahren diskutiert. Man könnte etwa die Grösse einer Bank beschränken. Man könnte den Eigenhandel verbieten oder die Derivate scharf regulieren. Man könnte die Banken zu Abwicklungs-Testamenten zwingen. Man könnte Banken verstaatlichen. Oder man könnte Good Banks schaffen, wie in Island.

Wir haben uns für einen anderen Weg entschieden. Reformen müssen einfach und klar sein. Wirksam werden sie, wenn sie mit der Wirtschaftsordnung kompatibel sind.

Drei Schlüssel öffnen den Weg zu besseren Banken:

- Die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken.
- Die Abkoppelung des Staates von den Investmentbanken.
- Die Durchsetzung substantieller Eigenmittel (20 Prozent ungewichtet).

Die Trennung von Investment- und Geschäftsbank nimmt die volkswirtschaftlichen Risiken des Wertschriftenhandels vom Spar- und Kreditgeschäft weg, redimensioniert die Grossbanken und entzieht ihnen damit die unerwünschte und marktfremde Staatsgarantie. Trennbanken stärken die Kundensicherheit und die Effizienz der Banken. Sie unterstützen den Werkplatz mit höherer Kreditverfügbarkeit. Das sichert Arbeitsplätze in Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen.

Die Abkoppelung des Staates von den Investmentbanken eliminiert das Risiko ruinöser Rettungsaktionen. Denn Investmentbanken dürfen bankrott gehen, ohne Zehntausende Unternehmen mitzureissen, wie man 2008 bei der UBS argumentiert hat. Bedroht ihr Bankrott des internationale Finanzsystem, soll sich der IWF darum kümmern.

An der Abkoppelungs-Idee finde ich vor allem eines bestechend, und das gilt für die gesamte Initiative: Wir verbieten nicht. Wir entflechten.